

Satzung Assault Athletics Stuttgart

§ 1 Name, Sitz, Eintragung und Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „Assault Athletics Stuttgart e.V.“.
2. Er hat seinen Sitz in Stuttgart und ist im Vereinsregister des Amtsgerichts Stuttgart eingetragen (VR 725647).
3. Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr. Der Zeitraum bis zum 31.12. des Kalenderjahres der Gründung stellt ein (Rumpf-) Geschäftsjahr dar.
4. Der Verein soll nach Anerkennung seiner Gemeinnützigkeit unmittelbar Mitglied des Württembergischen Landessportbundes e.V., dem Baden-Württembergischen Gewichtheberverband e.V. und dem Bundesverband Deutscher Gewichtheber e.V. werden. Der Verein und seine Mitglieder anerkennen als für sich verbindlich die Satzungsbestimmungen und Ordnungen des Württembergischen Landessportbundes und dessen Mitgliedsverbände, deren Sportarten im Verein betrieben werden.
5. Dem Verein liegen der Schutz und die Förderung der ihm und seinen Mitgliedern und Mitarbeiter/innen/Hilfspersonen anvertrauten Kindern sehr am Herzen. Er stellt es sich zur Aufgabe, sich für deren Integrität, körperliche und seelische Unversehrtheit sowie Selbstbestimmung einzutreten. Er bekennt sich zu den Grundsätzen eines umfassenden Kinder- und Jugendschutzes.

§ 2 Vereinszweck, Konkretisierung des Vereinszwecks und Aufgaben

1. Zweck des Vereins ist
 - a. die Förderung und Pflege des Sports (mit Schwerpunkt auf dem olympischen Gewichtheben, dem Kraftdreikampf sowie funktioneller Athletik, CrossFit (eine funktionelle Fitness-Sportart, die Turnen, Gewichtheben und Ausdauersportarten vereint) sowie ähnliche Sportarten wie z.B. dem Kettlebellsport) und hierfür Angebote und Veranstaltungen für alle (auch Nichtmitglieder) zu machen.
 - b. Die Förderung der körperlichen Spiel- und Bewegungskultur sowie geistigen Erziehung und Vermittlung von Sozialkompetenzen im gemeinschaftlichen Umgang miteinander
 - c. Die Förderung der sportlichen und außersportlichen Bildung und Erziehung, insbesondere des Nachwuchses (Kinder und Jugendliche)
2. Der Verein setzt sich zur Aufgabe, nach dem Grundsatz der Freiwilligkeit und unter

Ausschluss von parteipolitischen, konfessionellen und rassistischen Gesichtspunkten der Gesundheit, der sportlichen Betätigung und der sinnvollen Freizeitgestaltung seiner Mitglieder und der Öffentlichkeit zu dienen.

3. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
 - a. Förderung der Gesundheit der Mitglieder durch regelmäßige stattfindende Übungsstunden (in den oben genannten Sportarten), Kurse und sonstige Veranstaltungen
 - b. durch Technikausbildung und Technikoptimierung in den betriebenen Sportarten (durch gezielte Übungen oder Korrektur durch einen Trainer oder Übungsleiter). Hierzu gehören das olympische Gewichtheben, der Kraftdreikampf, Elemente aus dem Bereich des Turnens und des Ausdauersports. Dies soll durch regelmäßige Übungsstunden, Kurse oder sonstige Veranstaltungen verwirklicht werden, die von Trainern und/oder Übungsleitern angeleitet werden
 - c. die regelmäßigen Übungsstunden in den oben genannten Sportarten. Diese werden von lizenzierten Trainern persönlich angeleitet und erfolgen nach einem ausgearbeiteten Trainingsplan der ein übergeordnetes Ziel verfolgt (allgemeine Beweglichkeitsverbesserung, Kraftaufbau, Konditionsaufbau, Technikausbildung und Technikoptimierung, Teilnahme an Wettkämpfen).
 - d. durch Übungsstunden, die Aufgaben beinhalten, die als Team zu bewältigen sind und durch einen Trainer oder Übungsleiter persönlich angeleitet werden und einem ausgearbeiteten Trainingsplan verfolgen.
 - e. Trainer und Übungsleiter mit einer gültigen Qualifikation (u.a. Sportstudium, DOSB Trainerlizenzen im olympischen Gewichtheben und vergleichbaren Lizenzen, CrossFit-Trainerlizenzen).
 - f. Aus-, Fort- und Weiterbildung von Übungsleitern und Trainern für den Sport- und Übungsbetrieb z.B. durch das Bildungsangebot bei den Verbänden
 - g. Mitwirkung und Unterstützung bei Veranstaltungen und Wettkämpfe gemeinnütziger Art (u.a. Ausrichtung von KB4Kids zusammen mit dem BVDKS e.V. (Bundesverband Deutscher Kettlebell Sportler e.V.))
 - h. Teilnahme an Wettkämpfe, Turnieren und Veranstaltungen
 - i. die sportliche Freizeitgestaltung und die Leibeserziehung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen von regelmäßigen Trainingseinheiten, der Teilnahme an Wettkämpfen und anderen Veranstaltungen (u.a. Eltern-Kind-Turnen für Kleinkinder ab 2 Jahre bis 7 Jahre und Kinder- und Jugendtraining ab 8 Jahre (Fokus allgemeines Athletiktraining und olympisches Gewichtheben sowie Veranstaltungen, die Sport und Spiel miteinander kombinieren))
 - j. durch Kooperationen mit ansässigen Schulen oder Kinder- und

Jugendeinrichtungen (z.B. in Form von Sport-AGs, Ferienangebote wie Workshops mit Fokus auf olympisches Gewichtheben und funktionelle Athletik)

- k. interkulturellen und generationenübergreifenden sportlicher und außersportlicher Veranstaltungen und Maßnahmen (z.B. Vereinsturniere, Vereinsausflüge, Integration von Menschen mit körperlichen, gesundheitlichen oder geistigen Beeinträchtigungen in unseren Übungsbetrieb)
 - l. Pflege und Ausbau nationaler und internationaler Sportbeziehungen (z.B. in Form von Freundschaftsturnieren oder gemeinsamen Trainingseinheiten mit anderen Sportvereinen)
4. Der Verein setzt sich zur Aufgabe,
- a. das friedliche und soziale Miteinander verschiedener Nationalitäten, Bevölkerungsgruppen und Altersgruppen zu verbessern,
 - b. ein bewusstes Verhältnis zu sich selbst und dem eigenen Körper zu entfalten,
 - c. ein Verantwortungsbewusstsein gegenüber seinen Mitmenschen zu entwickeln.

§ 3 Gemeinnützigkeit, Selbstlosigkeit

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile oder Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Sie erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Bei ihrem Ausscheiden, bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins erhalten sie keinen Anteil am Vereinsvermögen.
4. Keine juristische oder natürliche Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Unterstützungen, Zuwendungen oder Vergütungen begünstigt werden.
5. Die Mitglieder der Organe des Vereins sind grundsätzlich ehrenamtlich tätig. Die ihnen entstehenden Auslagen und Kosten werden ersetzt. Dazu gehören insbesondere Reisekosten, Porto und Kommunikationskosten. Der Nachweis erfolgt über entsprechende Einzelbelege und ist spätestens nach sechs Wochen nach Ende eines Quartals geltend zu machen. Soweit für den Aufwendungsersatz steuerliche

Pauschalen und steuerfreie Höchstgrenzen bestehen, erfolgt ein Ersatz nur in dieser Höhe. Die Mitgliederversammlung kann im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten für die Ausübung von Vereinsämtern eine angemessene Vergütung und/oder eine angemessene Aufwandsentschädigung im Sinne des § 3 Nr. 26 a EStG beschließen.

6. Der Verein fördert keine Bestrebungen im Sinne des § 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes und handelt dem Gedanken der Völkerverständigung nicht zuwider.

§ 4 Mitgliedschaft

1. Der Verein besteht aus
 - a. ordentlichen Mitgliedern (Abs. 3),
 - b. aktiven außerordentlichen Mitgliedern (Abs. 2) und
 - c. Ehrenmitgliedern (Abs. 4).
2. Aktive außerordentliche Mitglieder sind jugendliche Mitglieder, d.h. solche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres.
3. Mitglieder, die nicht außerordentliche Mitglieder i.S.d. Abs. 2 sind, sind ordentliche Mitglieder.
4. Ehrenmitglieder sind Mitglieder, die wegen 40-jähriger ununterbrochener Mitgliedschaft oder wegen besonderer Verdienste um den Verein von diesem als solche nach Maßgabe des § 11 Abs. 3 ernannt werden.

§ 5 Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden.
2. Über die Aufnahme entscheidet nach schriftlichem Antrag der Vorstand durch Beschluss, der dem/der Antragsteller/in bekanntzugeben ist. Ist der/die Antragsteller/in minderjährig, ist der Aufnahmeantrag durch den/die gesetzliche/n Vertreter/in zu stellen.
3. Gegen die Ablehnung des Aufnahmeantrags, die keiner Begründung bedarf, steht dem/der Antragsteller/in die Berufung zu. Die Berufung ist schriftlich innerhalb eines Monats ab Zugang des ablehnenden Bescheids beim Vorstand einzulegen. Über die Berufung entscheidet die nächste ordentliche Mitgliederversammlung.
4. Ein Anspruch auf Aufnahme in den Verein besteht nicht.
5. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Beschluss über die Aufnahme. In diesem Fall gilt der Aufnahmeantrag als Anerkennung dieser Satzung.

§ 6 Rechte der Mitglieder

1. Alle Mitglieder sind berechtigt, im Rahmen des Vereinszwecks nach Maßgabe der Satzung und der von den Vereinsorganen gefassten Beschlüsse und Anordnungen
 - a. sich in den Einrichtungen des Vereins zu den Öffnungszeiten aufzuhalten und den gemeinschaftlichen Austausch über sportliche und interkulturelle Themen aktiv zu leben,
 - b. an den Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen.
2. Ordentliche Mitglieder (§ 4 Abs. 3) und Ehrenmitglieder (§ 4 Abs. 4) haben ein aktives und passives Wahlrecht. Sie haben gleiches Stimmrecht in der Mitgliederversammlung. Das Stimmrecht kann nur persönlich ausgeübt werden.
3. Aktive außerordentliche Mitglieder (§ 4 Abs. 2) haben gleiches Stimmrecht in der Mitgliederversammlung. Hiervon ausgenommen sind jugendliche Mitglieder, sie haben kein Stimmrecht. Das Stimmrecht kann nur persönlich ausgeübt werden. Ein aktives und passives Wahlrecht steht aktiven außerordentlichen Mitgliedern nicht zu.
4. Außerordentliche Mitglieder (§ 4 Abs. 2) haben das Recht, einen ermäßigten Mitgliedsbeitrag zu entrichten. Die Höhe des ermäßigten Beitrags wird von der Mitgliederversammlung festgesetzt.
5. Nicht stimmberechtigte Mitglieder können an der Mitgliederversammlung teilnehmen und die Einberufung unter Voraussetzung des § 13 Abs. 3 verlangen.
6. Ehrenmitglieder (§ 4 Abs. 4) sind von der Pflicht zur Entrichtung von Mitgliedsbeiträgen (§ 10) befreit. Im Übrigen haben sie die gleichen Rechte wie ordentliche Mitglieder (§ 4 Abs. 3).

§ 7 Pflichten der Mitglieder

1. Alle Mitglieder sind verpflichtet, die Ziele und Interessen des Vereins zu unterstützen. Sie haben die sich aus dieser Satzung ergebenden Pflichten sowie die Beschlüsse und Anordnungen der Vereinsorgane zu befolgen und gegenseitige Rücksichtnahme und Kameradschaft zu wahren.
2. Die Mitglieder sind zur Entrichtung von Jahresbeiträgen (§ 10 Abs. 1) und bei entsprechend erfolgter Anordnung zur Entrichtung von Umlagen (§ 10 Abs. 3) verpflichtet. § 6 Abs. 6 Satz 1 bleibt unberührt.

§ 8 Sanktionsvorschriften

1. Alle Mitglieder unterliegen der Strafgewalt des Vereins. Verstößt ein Mitglied schuldhaft gegen die Satzung, gegen Beschlüsse oder Anordnungen der Vereinsorgane oder gegen die Vereinsinteressen, kann der Vorstand folgende Sanktionen gegen das Mitglied verhängen:
 - a. Verwarnung,
 - b. Verweis,
 - c. Geldbuße bis zu 500 EUR,
 - d. Benutzungsverbot der Einrichtungen des Vereins und/oder Teilnahmeverbot an Veranstaltungen des Vereins bis zu einem Zeitraum von 3 Monaten,
 - e. Streichung von der Mitgliederliste unter den Voraussetzungen des Abs. 2,
 - f. Ausschluss aus dem Verein unter den Voraussetzungen des Abs. 3.
2. Befindet sich ein Mitglied mit der Beitragszahlung im Rückstand und wird der rückständige Beitrag trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung nicht innerhalb von drei Monaten seit Absendung des zweiten Mahnschreibens vollständig entrichtet, kann das Mitglied von der Mitgliederliste gestrichen werden. Über die Streichung entscheidet der Vorstand durch Beschluss, der dem Mitglied bekannt zu geben ist.
3. Der Ausschluss eines Mitglieds ist nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes möglich. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn das Mitglied
 - a. grob gegen die Satzung,
 - b. grob gegen Beschlüsse und Anordnungen der Vereinsorgane oder
 - c. grob gegen die Vereinsinteressen verstößt.
4. Die Verhängung der Sanktion erfolgt durch Beschluss des Vorstands und ist mit einer Begründung zu versehen. Vor Beschlussfassung ist dem Mitglied in den Fällen des § 8 Abs. 1 a), b), c), d) und f) Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. In den Fällen des § 8 Abs. 1, d) und f) ist das Mitglied unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Wochen zur Verhandlung des Vorstandes über die Verhängung der Sanktion schriftlich zu laden. Der Beschluss über die Sanktion ist dem Mitglied durch eingeschriebenen Brief bekannt zu geben. Gegen den Beschluss kann das Mitglied Berufung einlegen. Die Berufung ist innerhalb eines Monats ab Zugang des Beschlusses schriftlich beim Vorstand einzulegen. Über die Berufung entscheidet die nächste ordentliche Mitgliederversammlung.

§ 9 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch
 - a. freiwilligen Austritt des Mitglieds (Abs. 2),
 - b. Streichung von der Mitgliederliste (§ 8 Abs. 1, lit. e) i.V.m. § 8 Abs. 2),
 - c. Ausschluss des Mitglieds (§ 8 Abs. 1, lit. f) i.V.m. § 8 Abs. 3),
 - d. Tod des Mitglieds.
2. Die Kündigung muss mit einer Frist von 2 Wochen zum 30.06 oder 31.12. eines Jahres schriftlich bei der Geschäftsstelle eingegangen sein.

§ 10 Mitgliedsbeiträge

1. Von den Mitgliedern werden Jahresbeiträge erhoben. Höhe und Fälligkeit der Mitgliedsbeiträge werden durch die Mitgliederversammlung festgesetzt und in einer Beitragsordnung festgehalten. Eine Aufnahmegebühr wird nicht erhoben.
2. Der Beitrag kann in besonderen Fällen gestundet, ganz oder teilweise erlassen werden. Über Stundung und Erlass der Beiträge entscheidet der Vorstand.
3. Außerordentliche Beiträge können in Form einer Umlage angeordnet werden, wenn und soweit dies zur Durchführung besonderer durch den Vereinszweck gedeckter Vorhaben erforderlich ist oder zur Beseitigung finanzieller Schwierigkeiten des Vereins notwendig ist. Höhe und Fälligkeit der Umlage werden durch die Mitgliederversammlung festgesetzt. Die Höhe darf pro Mitgliedsjahr das Zweifache eines Jahresbeitrags nicht übersteigen.
4. Befindet sich ein Mitglied mit der Entrichtung seines Beitrags im Rückstand, so ruht dessen Stimmrecht so lange, bis der Rückstand ausgeglichen ist.

§ 11 Besondere Auszeichnungen

1. Für besondere Verdienste um den Verein können verliehen werden:
 - a. Ehrenurkunde für 20-jährige ununterbrochene Mitgliedschaft und
 - b. die Eigenschaft als Ehrenmitglied für 30-jährige ununterbrochene Mitgliedschaft oder für besondere Verdienste um den Verein.
2. Die Verleihung der/des Ehrenurkunde/Ehrenmitgliedsstatus erfolgt auf Beschluss des Vorstands hin. Sie wird in der Mitgliederversammlung vollzogen.
3. Die Ernennung zum Ehrenmitglied erfolgt auf Vorschlag des Vorstandes durch die Mitgliederversammlung.

§ 12 Organe des Vereins und Vergütung

1. Organe des Vereins sind
 - a. die Mitgliederversammlung (§ 13) und
 - b. der Vorstand (§ 16).
2. Die Vorstandsmitglieder sind grundsätzlich ehrenamtlich tätig. Sie haben Anspruch auf Ersatz der ihnen entstandenen Aufwendungen (s. Auch §3 Abs. 5).
3. Der Vorstand kann eine Vergütung erhalten. Über die Gewährung der Vergütung dem Grunde und der Höhe nach entscheidet die Mitgliederversammlung. Die Mitgliederversammlung kann ferner über eine angemessene Aufwandsentschädigung i.S.d. § 3 Nr. 26a EStG beschließen.

§ 13 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung besteht aus den anwesenden, stimmberechtigten Vereinsmitgliedern und findet am Sitz des Vereins statt. Jedes stimmberechtigte Mitglied hat in der Mitgliederversammlung eine Stimme.
2. Die ordentliche Mitgliederversammlung ist wenigstens einmal im Jahr, möglichst im ersten Halbjahr einzuberufen.
3. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung findet statt, wenn es das Interesse des Vereins erfordert oder wenn wenigstens ein Fünftel aller Mitglieder dies schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt.
4. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstandsvorsitzenden oder vom stellvertretenden Vorsitzenden unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung der Einladung folgenden Werktag. Das Einladungsschreiben gilt als dem Mitglied zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene E-Mail-Adresse gerichtet ist.
5. Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest. Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor dem Versammlungstermin die Aufnahme weiterer Tagesordnungspunkte schriftlich beim Vorstand beantragen. Werden Anträge später gestellt (maßgeblich ist der Zugang), kann über diese nur beraten und beschlossen werden, wenn mindestens zwei der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder die Dringlichkeit bestätigen.

§ 14 Aufgaben der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist zuständig für
 - a. Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstands
 - b. Entgegennahme des Kassenberichts
 - c. die Genehmigung des Haushaltsplans für das nächste Geschäftsjahr,
 - d. Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstands,
 - e. die Entlastung des Vorstands,
2. und Entscheidungen über
 - a. die Vergütung und Aufwandsentschädigung von Organmitgliedern,
 - b. die Festsetzung der Höhe und der Fälligkeit der Beiträge,
 - c. die Änderung der Satzung,
 - d. die Berufung eines abgelehnten Bewerbers,
 - e. die Berufung gegen Sanktionsbeschlüsse des Vorstands,
 - f. den Vollzug der Verleihung von Mitgliederauszeichnungen,
 - g. die Ernennung von Ehrenmitgliedern,
 - h. Beratung und Beschlussfassung über vorliegende Anträge
 - i. die Auflösung des Vereins.

§ 15 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

1. Der Vorsitzende leitet die Mitgliederversammlung. Ist dieser verhindert, wird die Mitgliederversammlung vom stellvertretenden Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von einem anderen Vorstandsmitglied geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied zugegen, wird der Leiter von der Mitgliederversammlung bestimmt. Der Versammlungsleiter bestimmt einen Protokollführer.
2. Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Einem Nichtmitglied kann der Zutritt zur Mitgliederversammlung als Gast gewährt werden. Über die Zulassung entscheidet der Versammlungsleiter.
3. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Drittel aller Mitglieder anwesend ist. Ist die einberufene Mitgliederversammlung beschlussunfähig, ist der Vorstand verpflichtet, innerhalb von vier Wochen seit dem Versammlungstag erneut eine Mitgliederversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen. Diese ist ungeachtet der Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. In der Einladung muss auf die erleichterte Beschlussfassung hingewiesen werden.

4. Die Abstimmung erfolgt durch Handzeichen, wenn der Versammlungsleiter keine andere Art der Abstimmung bestimmt. Sie hat geheim zu erfolgen, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder dies beantragt.
5. Bei der Beschlussfassung entscheidet grundsätzlich die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
6. Zu einem Beschluss über eine Satzungsänderung ist eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
7. Bei Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins und über die Änderung des Vereinszwecks ist eine Mehrheit von vier Fünfteln der abgegebenen gültigen Stimmen notwendig.
8. Wahlen sind stets geheim durchzuführen. Hat im ersten Wahlgang kein Kandidat die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den Kandidaten statt, welche die beiden höchsten Stimmzahlen erreicht haben.
9. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Versammlungsleiter und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist. Sie soll Feststellungen enthalten, über Ort und Zeit der Versammlung, die Person des Versammlungsleiters und des Protokollführers, die Zahl der erschienenen Mitglieder, die Tagesordnung, die Art der Abstimmung und die einzelnen Abstimmungsergebnisse. Bei Satzungsänderungen ist die zu ändernde Bestimmung und der exakte Wortlaut der geänderten Bestimmung anzugeben.

§ 16 Vorstand

1. Vorstand i.S.d. § 26 BGB sind
 - a. der Vorsitzende,
 - b. der stellvertretende Vorsitzende und
 - c. der Schatzmeister.
2. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich in allen Vereinsangelegenheiten vom Vorsitzenden, vom stellvertretenden Vorsitzenden oder vom Schatzmeister vertreten. Jedes Vorstandsmitglied ist alleinvertretungsberechtigt.
3. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Amtsdauer von drei Jahren in geheimer Wahl gewählt. Er bleibt aber so lange im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt ist. Wählbar sind nur Vereinsmitglieder, die das 25. Lebensjahr vollendet haben. Eine - auch mehrmalige - Wiederwahl ist zulässig. Mehrere Vorstandsämter können nicht in einer Person vereinigt werden. Der Vorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, einen stellvertretenden Vorsitzenden und den Schatzmeister.

4. Dem Vorstand sollen Personen angehören, die besondere Fachkompetenz und Erfahrung im Hinblick auf die Aufgabenerfüllung des Vereins aufweisen. Der Schatzmeister soll in Finanz- und Wirtschaftsfragen sachkundig sein.
5. Das Amt des Vorstandsmitglieds endet nach Ablauf der Amtszeit oder bei Vollendung des 70. Lebensjahres. Das Vorstandsmitglied bleibt solange im Amt, bis ein Nachfolger bestellt ist. Das Amt endet weiter durch Tod, durch Austritt als Vereinsmitglied, durch Niederlegung gegenüber der Mitgliederversammlung, die jederzeit mit einer Ankündigungsfrist von vier Wochen zulässig ist sowie durch Widerruf der Vorstandsbestellung durch die Mitgliederversammlung (Abberufung). Eine Abberufung ist nur aus wichtigem Grund möglich. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn der Vorstand und/oder das Vorstandsmitglied eine grobe Pflichtverletzung begeht oder unfähig ist, die Geschäfte des Vereins ordnungsgemäß zu führen. Das betroffene Vorstandsmitglied ist zuvor anzuhören.
6. Scheidet ein Vorstandsmitglied während der Amtsperiode aus, wählen die übrigen Vorstandsmitglieder ein Ersatzmitglied für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds.

§ 17 Aufgaben des Vorstands

1. Der Vorstand nimmt alle Aufgaben des Vereins wahr, soweit sie nicht durch Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind.
2. Er ist insbesondere zuständig für
 - a. die Aufstellung eines Haushaltsplans für jedes Geschäftsjahr,
 - b. die Erstellung eines Jahresberichts,
 - c. die Vorbereitung der Mitgliederversammlungen und die Aufstellung der Tagesordnung,
 - d. die Einberufung der Mitgliederversammlung,
 - e. die Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung,
 - f. die Beschlussfassung über die Aufnahme der Mitglieder,
 - g. die Beschlussfassung über die Verhängung von Sanktionen gegenüber Mitgliedern.
3. Die Vorstandsmitglieder führen die Geschäfte des Vereins gemeinschaftlich. In einer Geschäftsordnung für die Vorstandsmitglieder können die Zuständigkeiten zugewiesen werden.

§ 18 Beschlussfassung des Vorstands

1. Beschlüsse des Vorstandes werden in der Regel in Sitzungen gefasst. Der Vorstand wird vom Vorsitzenden oder vom stellvertretenden Vorsitzenden nach Bedarf, mindestens aber viermal jährlich, unter Angabe der Tagesordnung und Einhaltung

einer Frist von zwei Wochen einberufen. Der Vorstand ist ferner einzuberufen, wenn ein Mitglied des Vorstands dies verlangt. Vorstandssitzungen finden am Sitz des Vereins statt, wenn nicht alle Mitglieder mit einem anderen Tagungsort einverstanden sind.

2. Ein Vorstand kann sich in der Sitzung durch ein anderes Vorstandsmitglied vertreten lassen. Kein Vorstandsmitglied kann mehr als ein anderes Vorstandsmitglied vertreten.
3. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Ladung mindestens die Hälfte seiner Mitglieder, unter ihnen der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende, anwesend oder vertreten sind. Ist dies nicht der Fall, so ist der Vorstand innerhalb von zwei Wochen erneut mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Er ist dann ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig, wenn in der Ladung hierauf ausdrücklich hingewiesen worden ist.
4. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Enthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden, ersatzweise die des stellvertretenden Vorsitzenden den Ausschlag.
5. Über die Sitzungen sind Niederschriften zu fertigen und vom Sitzungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen.
6. Ein Vorstandsbeschluss kann durch schriftliche Abstimmung oder in jeder anderen geeigneten Form (z.B. Email) erfolgen, wenn alle Vorstandsmitglieder zustimmen.

§ 19 Haftung der Vereinsorgane und Vertreter

Vereinsorgane, besondere Vertreter sowie die mit der Vertretung beauftragten Vereinsmitglieder haben nur Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit zu vertreten. Sind diese einem Dritten gegenüber zum Ersatz eines in Ausführung der ihnen zustehenden Verrichtung verursachten Schadens verpflichtet, können sie vom Verein Befreiung von der Verbindlichkeit verlangen. Satz 2 gilt nicht, wenn der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurde.

§ 20 Auflösung des Vereins

1. Der Verein kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung aufgelöst werden.
2. Der Auflösungsbeschluss bedarf der Mehrheit nach § 15 Abs. 7.
3. Die Liquidation erfolgt durch die Vorstandsmitglieder, die im Zeitpunkt des Auflösungsbeschlusses im Amt sind, sofern die Mitgliederversammlung mit

einfacher Mehrheit keine anderen Liquidatoren bestimmt.

§ 21 Vermögensanfall

Im Falle der Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder im Falle des Wegfalls seines gemeinnützigen Zwecks fällt das Vereinsvermögen an die Deutsche Kinder- und Jugendsporthilfe e.V. Berlin mit der Auflage, es unmittelbar und ausschließlich für selbstlose gemeinnützige und/oder mildtätige/kirchliche Zwecke zu verwenden.

§ 25 Inkrafttreten

Die vorstehende Satzung wurde am 08.10.2022 überarbeitet und tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.